

Afghanistan ist nirgends sicher!

Pröpstin Petra Kallies,
Evangelisch-Lutherischer Kirchenkreis
Lübeck-Lauenburg

Kirchlicher Redebeitrag zur Afghanistan-Demo am 10. Juni 2017 in Kiel

Liebe Mit-Streitende und Mit-Hoffende, ich komme aus Lübeck und spreche zu Ihnen und Euch als Vertreterin der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland, kurz „Nordkirche“ genannt. Ich spreche hier heute auch stellvertretend für die Leitung unserer Kirche, für die Bischöfin und die Bischöfe, die sich mit dem Anliegen dieser Kundgebung sehr verbunden wissen.

Zur Nordkirche gehören Christ*innen in den drei Bundesländern Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. Viele von uns arbeiten haupt- und ehrenamtlich, interreligiös und interkulturell in Sprachpartnerschaften, in Willkommens-Initiativen, als Betreuer*innen oder in Beratungsstellen der Diakonie, in Kirchengemeinden, Kindertagesstätten und Jugendprojekten. Wir haben in den zurückliegenden Jahren vieles gelernt. Wir knüpfen gemeinsam ein großes Netz der Flüchtlingsolidarität und dafür bin ich allen, die daran beteiligt sind, sehr dankbar.

Vor über sieben Jahren hat die damalige Landesbischöfin aus Hannover, Margot Käßmann, in einer Neujahrspre-

digt gesagt: „Nichts ist gut in Afghanistan!“ – dafür ist sie massiv kritisiert worden. Wenn man die Situation 2010 mit heute vergleicht, stellt man fest, es ist seitdem noch sehr viel schlechter geworden: die Gewalt, die Unterdrückung, die Korruption, die Versorgungslage mit Nahrung, Medizin und Bildung.

Gemeinsam mit anderen haben auch viele Christ*innen in Schleswig-Holstein den Abschiebestopp unterstützt, den die bisherige Landesregierung gegenüber anderen Bundesländern und dem Bundesinnenminister durchgehalten hat. Nicht erst seit den jüngsten Attentaten in Kabul wissen wir, dass Afghanistan nicht sicher ist. Wir erwarten als Bürger*innen, dass politisch Verantwortliche bei der Einschätzung der Sicherheitslage nicht länger auf wirtschaftliche Deals schauen, sondern auf das höchste Gremium, das die Menschheit sich selbst gegeben hat: auf die UNO. Wie kann das möglich sein, wenn wir selbst die von uns mitfinanzierte UNO nicht ernst nehmen??!

Forderungen an die Politik

Wir fordern, dass die deutsche Politik sich endlich die aktuelle Einschätzung des hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen zu eigen macht: Afghanistan ist nicht sicher. Nirgendwo!

Unser Landesbischof Gerhard Ulrich hat deshalb am 29. Mai 2017 öffentlich in einer Presseerklärung an den Vorsitzenden der Innenministerkonferenz appelliert:

- Die Sicherheitslage in Afghanistan muss neu bewertet werden!
- Die Sicherheit und Würde der Menschen, die nach Afghanistan abgeschoben werden, können gegenwärtig nicht gewährleistet werden!

- Humanitäre Gesichtspunkte müssen besonders berücksichtigt werden!

Wir erwarten, dass die Bundesinnenministerkonferenz, die in der nächsten Woche in Dresden tagt, endlich der Realität ins Auge schaut, und auch geflüchteten Afghan*innen eine Bleibeperspektive eröffnet, die es ihnen möglich macht, wieder Hoffnungen und Perspektiven zu entwickeln.

Kritiker einer menschenfreundlichen Asylpolitik argumentieren gern, dass doch die vielen jungen Männer, die nach Europa geflüchtet sind, lieber helfen sollten, für Frieden und Sicherheit in ihrem Heimatland zu sorgen. Ich lebe in Lübeck, in einer Stadt, mit der auch die Namen von zwei wichtigen Persönlichkeiten der deutschen Geschichte verbunden sind: die Nobelpreisträger Willy Brandt und Thomas Mann. Sie beide wählten, schweren Herzens, in einer Zeit der Verfolgung und des Kriegs den Weg der Flucht und Emigration. Weil sie wussten, dass es für sie in ihrer Heimat keinen sicheren Ort gab. Ohne Asyl in Norwegen und Schweden hätte der Friedensnobelpreisträger Brandt wohl nicht überlebt – einer der wichtigsten Menschen im Friedens- und Versöhnungsprozess nach Kriegsende.

In Richtung derer, die sich jetzt hier in Kiel in Koalitionsverhandlungen abmühen: wir hoffen darauf, und wir erwarten von Ihnen, dass Sie auch Afghan*innen Schutz gewähren, die bei uns Zuflucht suchen, bis sich die Sicherheitslage in ihrem Heimatland deutlich und dauerhaft verbessert hat! Und dass Geflüchtete aus Afghanistan endlich Zugang zu Sprach- und Integrationskursen erhalten!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

